

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

27. Juli 1968 - 60 / 11
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE AUF SEITE 4: EIN BRIEF ÜBER BIAFRA, DEN DIE "ZEIT" UNTERSCHLUG -
SEITE 6: WESTDEUTSCHE ZEITUNGEN GREIFEN APO-FORDERUNGEN ZU WEST-
BERLIN AUF - SEITE 8: THEORETISCHE DISKUSSION IM RC: KLAUS MESCHKAT
FRAGT NACH DEM SINN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

VIETNAM: WESTDEUTSCHE ÄRZTE VON SÜDVJETNAMESEN ERMORDET ?

Die Anfang dieses Jahres in Hue ermordeten aufgefundenen westdeutschen Ärzte Discher, Alteköster und Krainick sowie Frau Krainick stehen im Mittelpunkt einer Kontroverse zwischen dem westdeutschen Asien-Spezialisten, dem Schriftsteller Erasmus Koch, und den Bonner Ministerien für Inneres und Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Koch, der im letzten Jahr in Südvietnam weilte und mit den Ärzten in engstem Kontakt stand, schließt nicht aus, daß die Ärzte nicht von Nordvietnamesen oder Angehörigen der Nationalen Befreiungsfront, sondern von zivilen Südvietnamesen ermordet worden sind. Koch war im August 1967 aus Vietnam zurückgekehrt und hatte der (sozialdemokratisch inspirierten) Friedrich-Ebert-Stiftung eine ausführliche Analyse über die westdeutschen Entwicklungshilfeprojekte in Südvietnam gegeben; der Bericht fiel vernichtend aus. Unter anderem war erwähnt, daß das Dorf Nam Hai, das von Westdeutschen gebaut wurde, auf Sumpf stand und binnen kurzem versinken mußte. Es wurde auch über das bisher unter südvietnamesischer Leitung stehende Konzentrationslager für Kinder in Thu Duc berichtet, das unmittelbar vor der Übergabe an deutsche Spezialisten stand und fortan als deutsches "Umerziehungslager" geführt werden sollte. Koch hatte ernst vor diesem deutschen Kinder-KZ gewarnt, dessen Insassen unter westdeutscher Anleitung eine Mauer um ihr KZ ziehen mußten. Koch: "Jeder Kenner der Asiaten weiß, welche Haßgefühle sich damit verbinden würden." In das Camp wurden, wie Koch sagt, "angeblich straffällig gewordene Jugendliche", in Wirklichkeit aber Gegner des Saigoner Diktatur-Systems eingeliefert. Geplant wurden Aufbau und "Erziehungsarbeit" im Lager durch "deutsche Jugendpsychologen", die jetzt triumphierend darauf hinweisen, daß die "Tore des Lagers zwar bewacht waren, aber offenstanden". Koch hatte während seines Aufenthaltes in Saigon den dortigen Bonner Botschafter Dr. Knopf über die Zustände im Kinder-KZ unterrichtet; es geschah allerdings nichts. Nach seiner Rückkehr aus Saigon hatte Koch SPD-Entwicklungshilfeminister Wischnewski über die Zustände in Südvietnam berichtet. Wischnewski sagte Koch daraufhin zu, daß für das "Projekt Thu Duc" kein Pfennig Entwicklungshilfe mehr ausgegeben werde. Der Ausbau des geschlossenen Straflagers werde auch nicht fortgeführt. Wischnewski und Koch beschlossen aus diesen Gründen, die westdeutsche Öffentlichkeit über den Skandal nicht zu informieren. Koch stellte inzwischen fest, daß die Arbeiten am KZ fortgesetzt wurden. Er ging daher an die Öffentlichkeit. Nur die der CDU nahestehende "Bonner Rundschau" wagte jedoch, das Thema vorsichtig aufzugreifen.

Die Affäre mit dem Kinder-KZ ist aber nur Nebenprodukt der Ärzte-Affäre, die von Koch jetzt aufgedeckt wurde. Im Juli 1967 - ein Dreivierteljahr vor ihrer Ermordung und über ein halbes Jahr vor dem Angriff des Vietcong auf Hue, wo sie schließlich tot aufgefunden wurden - beschwor Frau Krainick, unterstützt von ihrem Mann, in der Gegenwart Kochs den Bonner Botschafter in Saigon, Kopf, er möge wegen des "ständig zunehmenden Fremdenhasses" die sofortige Rückführung der deutschen Ärzte veranlassen. Kopf verniedlichte das Problem und sprach davon, daß eine Klinik für die Ärzte gebaut werde, in der dann alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden könnten; die Projektierung der Klinik nahm aber Monate in Anspruch, bis es zu spät war. Das Krankenhaus wurde bis heute nicht gebaut. Die Ärzte wurden getötet. Koch glaubt, daß sie dem "Fremdenhaß" südvietnamesischer Zivilisten zum Opfer fielen.

Die Hinterbliebenen der durch monströse Staatsfeierlichkeiten geehrten Ermordeten sehen sich in der Zwischenzeit einem bürokratischen Kleinkrieg ausgesetzt. Eine für die Ärzte abgeschlossene Unfallversicherung sah nämlich keine Ausschüttung für den Fall eines "gewaltsamen Todes" vor. Es ist deshalb offen, ob die Frau des ermordeten Arztes Alteköster überhaupt eine Rente bekommt. Für den Fall einer Rentenzahlung erhält Frau Alteköster, wie Koch mitteilt, "einen Satz in Höhe der Wohlfahrtsunterstützung".

GROSSBRITANNIEN: REVOLUTIONÄRE STUDENTENSAMMLUNG

In London wurde von einigen hundert Studenten die "Revolutionäre Sozialistische Studentenföderation" gegründet. In einem Vierpunkte-Programm wurden die Aufgaben der Konföderation so gestellt: Kampf für eine demokratische Kontrolle über die Erziehung, Kampf gegen den Rassismus in England, Unterstützung antiimperialistischer und nationaler Befreiungsbewegungen, Herstellung eines antikapitalistischen Bündnisses mit der Arbeiterklasse. Die Konferenz wählte ein 25köpfiges Leitungskomitee, dem Studenten verschiedener sozialistischer Richtungen, auch solche der englischen KP, angehören.

OPPOSITIONS-ZENTRUM: "WEIGAND SITZT IN EHRENHAFT"

Das "Zentrum Arbeiter-Schüler-Studenten" (ZASS) in Bonn hat in Zusammenarbeit mit dem Demokratisch-Ökumenischen Aktionszentrum an der Universität Bochum eine Solidaritätskampagne für den zu 14 Monaten Gefängnis verurteilten Münsteraner Sozialanwalt Dr. Günter Weigand gestartet; während der Haft sollen Protestpostkarten an Weigand (Dr. Günter Weigand, 52 Siegburg, Strafanstalt) gesandt werden. Die Aktion wird von ZASS, 53 Bonn, Herwarthstraße 6, geleitet. In einem Aufruf würdigt ZASS Weigand als einen bedeutenden Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition und vergleicht die von ihm zuleistende Haftstrafe mit der des Luther-King-Nachfolgers Abernathy als "Ehrenhaft". ZASS rechnet mit mehreren tausend Unterschriften, die zusammen mit Beiträgen bedeutender zeitgenössischer Literaten und Künstler zu einem mehrbändigen "Ehrenbuch" für Weigand gebunden werden sollen. - Weigand hatte versucht, die Öffentlichkeit auf skandalöse Zustände in der Münsteraner Justiz im Zusammenhang mit dem Kriminalfall Blomert aufmerksam zu machen; die Justiz wies die Indizienbeweise Weigands ab und verurteilte ihn endlich wegen Beleidigung und übler Nachrede.

WAHRHEITSFINDUNG: AHLERS-DEMENTI WAR FALSCH

Das Westberliner Pressegesetz hatte EXTRA-Dienst in Ausgabe 46/II vom 8. Juni gezwungen, eine "Berichtigung" des stellvertretenden Bundespressechefs Conrad Ahlers zu einer Meldung in Nummer 42/II abzudrucken. Wir hatten über spanische Einmischung in die Angelegenheiten des Bundespresseamtes berichtet: Klaus Poll, Redakteur des englischsprachigen Bulletin des Bundespresseamtes, hatte über eine Ausstellung des spanischen Malers und Widerstandskämpfers Agostin Ibarrola in Wort und Bild berichtet und war daraufhin, so berichtete EXTRA-Dienst, nach Intervention des spanischen Informationsministers Iribarne "gefeuert" worden. Ahlers dementierte im EXTRA-Dienst: "Das Ganze war ein interner Vorgang".

Ahlers' Dementi hat sich inzwischen als falsch herausgestellt. EXTRA-Dienst kann nachweisen, daß Poll durchaus nicht im Rahmen eines "internen Vorgangs" innerhalb des Bundespresseamtes versetzt worden ist, sondern gegen seinen Willen binnen eines Ta-

ges - und zwar vom 14. November 1967 zum 15. November 1967 - seines Postens entho-
ben und versetzt wurde. EXTRA-Dienstkanferner nachweisen, daß dieser "Versetzung"
ein Briefwechsel zwischen dem spanischen Informationsminister Iribarne und dem da-
maligen Bundespressechef von Hase vorausging, in dem der Faschist Iribarne den Bun-
desdemokraten von Hase mit "lieber Freund" anredete, und in dem er sich wortgewaltig
über den Ibarrola-Bericht im englischsprachigen Bulletin beschwerte. Überbringer die-
ses Protestschreibens war pikanterweise nicht die Deutsche Bundespost, sondern Bot-
schafter Allardt, heute Bonner Mann auf dem Moskauer Botschafterposten. Ein durchaus
"interner Vorgang", wie Ahlers wahrheitswidrig erklärte. Am 31. Mai 1968 griff der
SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Sänger die Angelegenheit mit einer "kleinen Anfrage"
im Bundestag auf. Der Zufall wollte es, daß sich diese Frage nicht in der Fragestunde
des Parlaments, sondern schriftlich beantworten ließ. Für lästige Zusatzfragen blieb
also kein Raum. Vielleicht läßt sich dieser Raum jetzt wieder schaffen.

NOTSTANDSGEGNER: 150 SCHICKTEN WEHRPÄSSE ZURÜCK

Aus dem Bundesverteidigungsministerium wird bekannt, daß nach der Verabschiedung
der Notstandsgesetzgebung bisher rund 150 Wehrpflichtige ihre Wehrpässe mit der Be-
gründung zurückgeschickt hätten, sie würden wegen eines eventuellen Einsatzes der Bun-
deswehr im Inneren ihren Dienst verweigern.

REPUBLIKANISCHER CLUB: ACHT ARBEITSKREISE KONSTITUIERT

Am Donnerstag dieser Woche konstituierten sich im Westberliner Republikanischen Club
acht Arbeitskreise zur Vorbereitung der Winterkampagne mit dem Thema "50 Jahre Kon-
terrevolution sind genug". 1. "Die Rolle der SPD und der Gewerkschaft in der Arbeiter-
bewegung in den letzten 50 Jahren" (erstes Treffen: Montag, 29. Juli, 20 Uhr im RC);
2. "Die revolutionäre Situation von 1918/19" (Montag, 29. Juli, 20 Uhr im RC); 3. "Agi-
tation und Propaganda mit den Gruppen, Berufsausbildung und Demokratisierung der
Schule" (Montag, 20. Juli, 20 Uhr im RC); 4. "Situation der Angestellten und der techni-
schen Intelligenz - Automation" (Dienstag, 30. Juli, 20 Uhr im RC); 5. "Internationale
Erfahrungen der Arbeiterbewegung, eventuell einschließlich der sozialistischen Länder"
(Dienstag, 30. Juli, 20 Uhr im RC); 6. "Die Rolle der Industrie und der Industriever-
bände" (Mittwoch, 31. Juli, 20 Uhr im RC); 7. "Kirche und Revolution" (Mittwoch, 31.
Juli, 20 Uhr im RC); 8. "Gewerkschaftlicher Arbeitskreis mit den Gruppen zur Aufarbei-
tung der Mitbestimmungsdiskussion von 1918 bis 1968; Situation der Betriebsräte in der
Gesellschaft" (Donnerstag, 1. August, 20 Uhr im Laden Ravnestraße 10, Basisgruppe
Wedding).

Der bereits seit längerem im RC bestehende Arbeitskreis "Bürokratie und Rätssystem"
wird für die Kampagne einige Thesen erarbeiten. Die Mitarbeiter treffen sich erstmals,
nach der Sommerpause, am Donnerstag, 5. September, 20 Uhr im RC.

Zahlreiche Mitglieder des RC haben angeregt, einen "Verein für Sport und Technik" zu
gründen, um der "totalen Kommerzialisierung und Verkümmern der Freizeitgestaltung
von Lohnabhängigen entgegenzutreten". Die erste Versammlung der Interessenten dazu
wird am Dienstag, 30. Juli, 20 Uhr, im RC stattfinden.

PERSONALIEN

WOLFGANG NEUSS, 44jähriger Kabarettist, hat sich einen französischen Kleinwagen in
der Farbe "Partisanenrot" zugelegt. Dem Gefährt wurde auf Käuferwunsch eine Preß-
luftfanfare eingebaut, die beim Hupen die ersten Töne der Marseillaise erklingen läßt.

JÜRGEN RUMMEL, Westberliner Anhänger der APO, verbüßt seit Freitag letzter Woche
eine dreiwöchige Dauerarreststrafe in der Jugendstrafanstalt. Er wurde als einziger we-
gen Beleidigung des Generalstaatsanwaltes Dehnicke anläßlich der "Steckbrief-Aktion"
verurteilt; alle anderen anhängig gemachten Verfahren wurden eingestellt oder endeten
mit Freispruch.

WIRTSCHAFTSLAGE: OPTIMISMUS AUF BESTELLUNG

Das Bonner Bundeswirtschaftsministerium liefert Wirtschaftsoptimismus auf Bestellung;
es prognostizierte jüngst eine Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes für 1968 von 5

Prozent und einen nominalen Zuwachs von 6,8 Prozent. Tenor: Die Rezession ist endgültig überwunden, die Talsohle verlassen. Man kommt zu diesem Schluß, indem man beispielsweise den Zuwachs von Mai 1968 mit dem von 1967 vergleicht (plus 10,7 Prozent). Im Mai 1967 war aber der Tiefststand der Talsohle erreicht. Im Vergleich mit dem Jahr 1966 kommt nur ein Zuwachs von 4,4 Prozent heraus. Besonders deutlich wird das im Fahrzeugbau, wo man gegenüber 1967 eine Wachstumssteigerung von 33 Prozent errechnete; verglichen mit 1966 liegt man aber noch mit 3 Prozent im Produktionsrückstand. Ähnlich ist es mit den optimistischen Zahlen aus der Bauwirtschaft. Sie kommen zustande durch die öffentlichen Investitionsspritzen im Tiefbau; im Hochbau, der - wegen des Wohnungs- und Geschäftshausbaus - hauptsächlich von privaten Investitoren belegt ist, liegt man aber mit 20 Prozent niedriger als vor der Rezession. Daraus folgt: Der "Wirtschaftsaufschwung" resultiert im wesentlichen aus öffentlichen Geldern, während sich private Unternehmer weiterhin zurückhalten. Ähnlich ist es bei Investitionsgütern. Wenn von einer "Investitionswelle" gesprochen wird, bezieht sich das nur auf Rationalisierungs-Investitionen, nicht auf Ausweitungsinvestitionen. Die alleinkönnten einen raschen Wachstumsanstieg garantieren.

"KONKRET"-AKTION: BEIFALL VON ERNST LEMMER

Die Hamburger Zeitschrift "Konkret" startet in ihrer August-Nummer, die Anfang nächster Woche erscheint, eine Aktion unter dem Titel "Die Mauer muß weg!" Laut Ankündigung macht der "DDR-Spezialist" Prof. Hans Apel "einen sensationellen Vorschlag": Um die Mauer abzubauen, müßte sich die Bundesrepublik verpflichten, das Asylrecht für "Sowjetzonen-Flüchtlinge" einzuschränken. "Konkret" will dem "auf ein gutes Image in der Historie bedachten Walter Ulbricht" helfen, Springers Macht-das-Tor-auf-Forderung nachzukommen: Die Freiheit der Mitteldeutschen hängt nicht allein von Walter Ulbrichts gutem Willen ab... Für eine Reise in die Bundesrepublik würden sich immer mehr DDR-Bürger freiwillig verpflichten, zurückzukehren. Und die Bundesregierung könnte sich ihrerseits verpflichten, die Einhaltung dieser Rückkehr-Verpflichtung zu unterstützen. "Apel meint, daß diese Amtshilfe auch mit dem Grundgesetz vereinbar wäre: Ein 1950 erlassenes Gesetz über "Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone", das vor der "Wirtschaftswunder"- und Arbeitskräftemangel-Epoche zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms diente, brauchte nur entsprechend ergänzt zu werden. Dieses Gesetz macht den Aufenthalt von DDR-Bürgern in der BRD von "einer besonderen Erlaubnis" abhängig. In Paragraph 1, Absatz 1, heißt es: "Die Freizügigkeit wird nach Artikel 11, Absatz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland insoweit eingeschränkt." Die Durchsetzung seiner Vorschläge, so Apel und "Konkret", sei eine "Aufgabe für die außerparlamentarische Opposition": "Sie werden wenige Gegner finden, selbst wenn sie dafür demonstrieren."

Der "sensationelle Vorschlag" aus "Konkret" war schon vor anderthalb Jahren in Nummer 1 des "Berliner EXTRA-Blattes" zu lesen: Allerdings nicht als eine im politisch luftleeren Raum stehende Maßnahme, sondern als Teil einer Westberliner-Konzeption. Allein schon in den Voraussetzungen zu dieser "Die Mauer muß weg!"-Aktion wird von "Konkret" die für die DDR unakzeptable Vorstellung übernommen, daß Westberlin ein Land der Bundesrepublik sei. Bei einer Befragung von Politikern, Gewerkschaftern und Publizisten heißt nur einer diese Anti-Mauer-Kampagne gut ("... begrüße ich die Initiative von Konkret"): Bundesminister a. D. Ernst Lemmer. Sein Kommentar: "Ulbricht will Abwanderungsströmungen stoppen oder stark verringern. Das ist sein Anliegen. Unser Anliegen ist und bleibt die Bewegungsfreiheit für alle Deutschen diesseits und jenseits der Demarkationslinie. Diese Freizügigkeit nicht zur chaotischen, einseitigen Fluchtbewegung zu mißbrauchen, könnte durch eine vernünftige Praxis auf beiden Seiten abgesichert werden. Mit welchen Mitteln, darüber sollte illusionslos, aber mit Phantasie konkret gesprochen werden."

NOCHMALS "GERETTET": ZADEKS KURZBRIEF AN KRIPPENDORFF

Der Bremer Intendant und Regisseur Peter Zadek, der wegen seiner Volksbühnen-Inszenierung des Bond-Stückes "Gerettet" von Schauspielern und Zuschauern angegriffen wurde (EXTRA-Dienst 51/II und 54/II) und daraufhin einen Briefwechsel mit Dr. Ekkehart Krippendorff hatte (EXTRA-Dienst 57/II und 58/II), sandte jetzt Krippendorff einen ab-

schließenden Kurzbrief; er hatte dem Westberliner eine Filmrolle angeboten, dieser lehnte sie ab und bezeichnete das Angebot als versteckte Korruption. Zadek jetzt an Krippendorff: "Sehr geehrter Herr Dr. Krippendorff, we're only in it for the money. Ihr Peter Zadek."

Auch die Schauspielergruppe hat sich inzwischen noch einmal zu Zadeks Gegenerklärung geäußert. "Ein Aussteigen eines Schauspielers aus einer Inszenierung kommt einer freiwilligen fristlosen Entlassung mit allen Konsequenzen gleich," heißt es in der Erwiderung auf Zadek. Und: "Daß die 'Qualität' der Vorstellung gelitten habe, ist eine Unterstellung. Zadek hat die Aufführung seit der ersten Hauptprobe am 7. Juni nicht mehr gesehen. Die Premiere aber war erst am 15. Juni."

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: FRIEDEN FÜR WESTBERLIN

Der Arbeitskreis Verständigungshilfe im "Christlichen Friedensdienst", einem Verband der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition, hat jetzt einen Sonderdruck herausgebracht, in dem sein Programm für ein friedliches Westberlin zusammengefaßt ist. Den Thesen schließt sich ein umfangreicher Anhang an, in dem wesentliche Stimmen für eine neue Westberlin-Politik aus Ost und West dokumentiert werden. Die Broschüre ist in der Buchhandlung des Republikanischen Clubs in Westberlin, 1 Berlin 15, Wielandstr. 7, zu haben. Sie wurde erstmals bei der Weltkirchenkonferenz in Uppsala verteilt und löste ein positives Echo aus.

GESETZENTWURF: FRIEDENSDIENST STATT BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Ein Arbeitskreis der Christlichen Verständigungshilfe arbeitet zur Zeit einen Gesetzentwurf aus, der einen aus dem Stadtetat zu tragenden "Freiwilligen Friedensdienst" für Westberlin vorsieht, der allmählich wachsen und in absehbarer Zeit einen völligen Ersatz für die paramilitärisch organisierte Westberliner Bereitschaftspolizei darstellen soll. Interessenten, die bei der Diskussion der dabei auftretenden Probleme mitwirken wollen, wenden sich an Pfarrer Dümchen, Berlin 42, Götzstraße 26.

VERANSTALTUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 31. Juli, 20 Uhr, findet im RC die konstituierende Sitzung des Pressearbeitskreises statt, der sich in erster Linie der Analyse der Springer-Berichterstattung widmen wird. Die Leitung hat Klaus Hermann übernommen.

MITTWOCH, 31. Juli, 20 Uhr, konstituiert sich im RC der Arbeitskreis "Kirche und Revolution". Die Leitung hat Pfarrer Dümchen übernommen.

AB 1. AUGUST ist der Republikanische Club für die Dauer eines Monats geschlossen. Die Wiedereröffnung des RC erfolgt am Sonntag, 1. September. Die Angestellten und Mitarbeiter des RC gehen im August in Urlaub.

EXTRA-DOKUMENTATION

EIN BRIEF, DEN DIE "ZEIT" NICHT DRUCKTE

Am 12. Juli schrieb "Zeit"-Chefredakteur Marion Gräfin Dönhoff einen Artikel "Belsen in Biafra". Am 18. Juli übersandte der Westberliner Republikanische Club der "Zeit" dazu einen Offenen Brief. In der Ausgabe vom 26. Juli druckte die "Zeit" zwar acht Auszüge aus Leserbriefen zu diesem Thema, nicht aber den RC-Brief. Es wäre Platz gewesen; denn die "Zeit"-Redaktion stellte zu den Leserbriefen eine Illustration zu Biafra, die wiederum den nur-moralischen Aspekt der Affäre (ein hungerndes Kind) in den Vordergrund rückt, zum materiellen Kern des Biafra-Konflikts aber nichts aussagt. EXTRA-Dienst druckt den RC-Brief im Wortlaut.

"In der Ausgabe der 'Zeit' vom 12. Juli 1968 ist unter der Überschrift 'Belsen in Biafra' vom Völkermord in der Ostregion Nigerias - dem jahrelang hochgepriesenen Schulbeispiel gelungener Dekolonisation - die Rede.

Marion Gräfin Dönhoff erklärt, die Ereignisse ganz ohne ideologischen Überbau darzustellen, unterläßt es dann allerdings auch, die ökonomische Basis des Konflikts mehr

als beiläufig zu erwähnen. So behauptet sie, London habe die Pflicht, Lagos beizustehen, weil Nigeria nach der Unabhängigkeitserklärung im Commonwealth blieb. Dieser Pflicht wurde sich London allerdings eigenartigerweise erst dann bewußt, als es so aussah, als könne die Zentralregierung in Lagos einen schnellen Sieg erringen. Vorher, zum Beispiel am 20. Juni 1967, konnte man in der FAZ lesen: 'Vor allem von britischer Seite wird jedoch betont, daß Ojukwu rechtliche Position durchaus diskutierbar sei.'

In der 'Zeit' liest man viel über den Gegensatz von Nord und Süd, von Ibos und Haussas sowie von der Polizeiaktion vom 7. Juli 1967 des in Sandhurst erzogenen Gowon gegen den in Oxford erzogenen Ojukwu. Man muß schon zu der gewiß nicht linksradikalen 'Neuen Zürcher Zeitung' greifen, um zu erfahren, daß es an jenem 7. Juli nicht um Sandhurst contra Oxford ging: 'Sie (die Zentralregierung) ließ ihre Truppen angreifen in dem Augenblick, als die Ölgesellschaften Shell-BP, in deren Besitz die meisten Installationen sind, eine erste Zahlung an das secessionistische Regime leistete.'

Dönhoff stellt vorwurfsvoll fest, daß in deutschen Zeitungen vom Massensterben in Biafra bis vor wenigen Wochen nicht die Rede war, im Gegensatz etwa zu englischen Blättern. In der Tat: die ersten Hinweise des Weltkirchenrates im Februar dieses Jahres finden nur in wenigen einspaltigen Notizen Beachtung, und man muß wieder zur NZZ greifen, um den Grund zu erfahren: 'Es wurde ein Schleier des Schweigens über die erschütternden Vorgänge gelegt, gewoben aus politischen Befürchtungen und wirtschaftlichen Interessen. Es ist der Regierung in Lagos und den hinter ihr stehenden Mächten - vor allem Großbritannien - bis vor kurzem gelungen, den Krieg sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen.' (NZZ vom 16. Juni 1968)

Was wir noch immer in der deutschen Presse einschließlich ihrer 'Weltblätter' vermissen, ist eine Analyse nicht der Stammesfehden, sondern der politischen und ökonomischen Hintergründe der Entwicklung Biafras. Eine solche Analyse würde freilich zu der Feststellung kommen müssen, daß der Genozid (Völkermord, d. Rd.) in Biafra vor allem das Produkt einander bekämpfender ökonomischer Interessen - die der französischen SAFRAP und der englischen Shell-BP - ist, ein Produkt, das man solange verschwieg, wie es nicht öffentlich zum Himmel stank. Die jetzt losbrechende moralische Empörung über die Grausamkeiten in Biafra bleibt solange unglaubwürdig, wie sie sich nicht um die Aufdeckung und Beseitigung der Ursachen dieser Grausamkeiten bemüht. Die 'Zeit' trägt in ihrem Artikel nichts zu der notwendigen Aufklärung bei, sie bringt es im Gegenteil sogar fertig, den Genozid des 'technisch Überlegenen' in Vietnam positiv abzuheben gegen die Greuel im Kampf 'Schwarz gegen Schwarz', in dem 'alter Stammeshader, zu Haß aufgeputzt und mit den modernen Mitteln der Zerstörung ausgerüstet, alle Grenzen der Vernunft überbordnet'.

Die 'Zeit' reproduziert damit ein erstaunliches, wenn auch noch aus den Tagen des unverhüllten Imperialismus bekanntes, Muster bürgerlichen Journalismus: die Mobilisierung rassistischer Ressentiments zur Verschleierung imperialistischer Politik. Dazu paßt es dann auch, wenn jetzt vorwurfsvoll nach den 'sonst so rührigen Protestlern von den USA bis Tokio' gerufen wird: Die angemahnten Protestierer protestieren nämlich seit Jahren gegen Kapitalismus und Imperialismus, in denen sie die Krankheit sehen, zu deren letzten Konsequenzen auch der Genozid gehört, der von der 'Zeit' freilich lieber auf den Exotismus rasender Neger und somit zum Gegenstand bloß moralischer Empörung reduziert wird."

WESTDEUTSCHE ZEITUNGEN: APO-ARGUMENTE WERDEN AUFGEGRIFFEN

Zwei bedeutende westdeutsche Zeitungen, die liberale "Frankfurter Rundschau" und die großbürgerliche "Stuttgarter Zeitung" (zum Bosch-Konzern gehörend), griffen in diesen Tagen die Argumentation der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition auf und machten sie sich zu eigen. Der Stuttgarter Leitartikler Dieter Cycon empfiehlt der Bundesrepublik nicht mehr und nicht weniger, als Westberlin aufzugeben, da es ein Klotz am Bein sei. Die Westberliner Korrespondentin der Frankfurter Zeitung, Annamarie Doherr, schlägt vor: Westberlin soll Eigenständigkeit entwickeln und diese in Vereinbarungen mit der DDR, der Bundesrepublik und den Siegermächten absichern. EXTRA -Dienst dokumentiert auf der folgenden Seite die beiden Leitartikel im Faksimile.

STUTTGARTER
ZEITUNG
VOM 18. JULI 1968

Käme es zu einer militärischen Konfrontation wegen Berlins, dann würde sie auf der Grundlage der neuen NATO-Strategie geführt werden. Diese aber bedroht uns selbst mehr als die Russen, weil ihre äußerste Konsequenz nicht mehr und nicht weniger wäre als ein beschränkter Atomkrieg auf deutschem Boden. Was Berlin im Augenblick noch einen gewissen Schutz gibt, ist vor allem das sowjetische Interesse, die amerikanische Hoffnung auf eine dauerhafte Koexistenz nicht allzufrüh zu enttäuschen. Doch auf dieses Interesse wird man sich nicht lange verlassen können.

Die Bundesrepublik selbst hat kaum politische Mittel in der Hand, die sie zum Schutz ihrer bisherigen Verbindungen mit Berlin ausspielen könnte. Es wäre naiv zu glauben, durch eine Anerkennung der DDR könnte das Fortdauern des bisherigen Verhältnisses erkaufte werden. Die Forderungen nach einem Verzicht auf die enge Verbindung mit West-Berlin und nach Anerkennung der DDR sind Teile eines Ganzen und miteinander unlösbar verbunden. Solange die Gesellschaftsordnungen der Bundesrepublik und der DDR sich feindlich gegenüberstehen, wird sich die SED nicht mit der unbehinderten Existenz einer ihr wesensfremden und schädlichen, dafür aber mit Bonn eng verbundenen Stadt im Zentrum ihres Staates abfinden.

Die Illusion, daß West-Berlin durch neue Offerten an die kommunistische Adresse „gehalten“ werden könnte, würde den Kommunisten diese oder jene neue Erpressung noch leichter machen. Aber wenn alle anderen Preise gezahlt sind, müßten wir auch West-Berlin noch auf den Haufen jener Konzessionen legen, mit dem wir den sowjetischen Verzicht auf Gewaltanwendung zu bezahlen hätten. Berlin ist der Schraubstock, in den uns die Sowjets gespannt haben und in dem sie uns noch eine Weile gespannt halten möchten, bis nichts mehr aus uns herauszupressen ist als — eben West-Berlin.

Unter diesen Umständen entspricht eine risikofreudige westdeutsche Berlin-Politik kaum unseren Interessen und Möglichkeiten. Wer kann es wünschen, daß die Geschicke der ganzen Bundesrepublik abhängig werden von einer weit vorgeschobenen Position, die nicht von uns, sondern allenfalls von den Amerikanern gehalten werden kann? Wir können mit unseren Aktionen zur Stützung West-Berlins und zu seiner Verklammerung mit der Bundesrepublik nicht weiter gehen als bis zu jenem Punkt, an dem auch eine Deckung durch die USA da ist. Eine Stimmung des Ausharrens um jeden Preis könnte die Politik der Bundesrepublik nur lähmen.

FRANKFURTER
RUNDSCHAU
VOM 23. JULI 1968

Obwohl der Verkehr auf den Interzonenstraßen reibungsloser als je verläuft, hat die Einführung des Visumzwanges bei den Westberlinern eine Schockwirkung hervorgerufen, die bei vielen in Resignation umzuschlagen droht. Wie 1958 nach dem Chruschtschow-Ultimatum und 1961 nach dem Bau der Mauer werden wieder Umzugspläne erörtert, Häuser und Eigentumswohnungen im „sicheren Westen“ gekauft und Überlegungen angestellt, eine zweite Produktionsstätte in West-

deutschland zu errichten. Die Hilflosigkeit ist groß, nachdem sich die Westberliner in den Jahren des Kalten Krieges zu sehr an das bloße Machtdenken gewöhnt und die weltpolitische Entwicklung der letzten Jahre in ihren Auswirkungen auf die Stellung der Stadt unterschätzt hatten.

In West-Berlin hat man plötzlich begriffen, daß die drei „Essentials“ — Anwesenheit der alliierten Truppen, unbehinderter Zugang, Lebensfähigkeit der Stadt — von den drei Westmächten wesentlich enger ausgelegt werden, als von den Deutschen und daß ein bedenkliches politisches Vakuum zwischen der Interpretation der Westmächte und der der Bundesregierung über die Zugehörigkeit West-Berlins zum Bund besteht.

Die amtliche Schönfärberei der letzten Jahre, die Neigung, Realitäten nicht zur Kenntnis zu nehmen, haben die politische Atmosphäre der Stadt seltsam unwirklich gemacht. Der Vorstoß des amerikanischen Außenministers Rusk auf der letzter NATO-Ratstagung in Reykjavik, endlich einmal den Status West-Berlins zu klären und sich darüber zu einigen, welche praktische Konsequenzen sich aus der von den Alliierten stets bestrittenen Zugehörigkeit der Stadt zur Bundesrepublik ergeben, mußte deshalb in Berlin ein Stimmungstief hervorrufen, das den Regierenden Bürgermeister Schütz zur Flucht nach vorn veranlaßt hat.

Sich dessen bewußt, daß die Stunde der Wahrheit naht, begann Schütz nicht nur die Bevölkerung auf weitere Maßnahmen der DDR, insbesondere im Güterverkehr vorzubereiten, er griff auch öffentlich in die Statusdiskussion ein. Allerdings lediglich mit Andeutungen, die aber erkennen lassen, daß er Sorge zu haben glaubt, die drei Westmächte drängten auf eine Einschränkung der Präsenz der Bundesrepublik in West-Berlin. Man weiß, daß die drei Westmächte die politische Aktivität des Bundes in Berlin nur widerwillig geduldet haben und daß in Washington, Paris und London die Meinung nicht selten zu hören ist, politische Demonstrationen der Bundesrepublik in West-Berlin, wie etwa der kommende CDU-Parteitag, seien eine Belastung der Entspannungspolitik.

Gewiß: die Westmächte geben die Stadt nicht auf. Ihre Position ist unanfechtbar, weil sie sich nicht so sehr auf den Vier-Mächte-Status der Stadt stützen, als auf das originäre Siegerrecht, das durch nichts abgelöst werden kann, auch nicht durch Separatverträge zwischen der DDR und der Sowjetunion. Das weiß man auch in Ost-Berlin, trotz aller gegenteiligen Propaganda. Aber unterhalb dieser Grenze hat eine Entwicklung eingesetzt, die den Alliierten offenbar geraten erscheinen läßt, feste Richtlinien aufzustellen, um die notwendige Handlungsfreiheit zu gewinnen, West-Berlin in die Entspannungspolitik sowohl Bonns wie der Westmächte einzuordnen.

Es geht darum, eine neue Form zu finden, die sowohl das enge Verhältnis der Stadt zur Bundesrepublik legalisiert, als ihr gleichzeitig auch eine Eigenständigkeit gibt, die es ihr ermöglicht, ihr Verhältnis zur DDR und den anderen Ostblockstaaten zu normalisieren. Der Sonderstatus der Stadt, bisher in vieler Hinsicht als Belastung empfunden, kann auch positiv genutzt werden, um West-Berlin eine Chance zu geben, verbunden mit den Westmächten und der Bundesrepublik doch eine gewisse Eigenständigkeit zu entwickeln.

Die Zeit ist vorüber, in der man sich noch um die drängenden Probleme der Stadt drücken kann, deren Lebensfähigkeit mit Geldspenden allein nicht zu erhalten ist. Allerdings ist das Berlin-Problem isoliert nicht zu lösen. Die Berlin-Frage, von der amerikanischen Regierung bewußt in diesem Augenblick angeschnitten, kann nur positiv gelöst werden, wenn sie für die Bundesrepublik das Beispiel wird, endlich die noch in den Anfängen stekende Konzeption einer deutschen Friedenspolitik zu entwickeln, bei der man weder vor dem Problem der Oden-Neiße-Grenze noch vor der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches zurückschrecken dürfte.

WINTERKAMPAGNE: 50 JAHRE KONTERREVOLUTION SIND GENUG (II)

Breite Zustimmung aller Organisationen und Verbände der Außerparlamentarischen Opposition zum Vorschlag für die Herbst- und Winterkampagne der APO in Westberlin zeichnet sich inzwischen ab. Im RC in Westberlin fand am 12. und 19. Juli eine theoretische Diskussion über diese Kampagne statt, deren Dokumentation EXTRA-Dienst in Nr. 59/II begann und in dieser Ausgabe beendet.

PREUSS: Ich glaube, daß wir noch etwas zu abstrakt diskutieren aufgrund dieses etwas mißverständlichen Begriffs vom Organisationsmodell. Modell bedeutet, daß man etwas abstrakt konstruiert, von dem man sagt, das wollen wir realisieren. Huffschmid hat das eben schon angedeutet, daß es weniger um ein Modell als um einen Prozeß geht, nämlich um den Prozeß der Organisierung, wobei man nicht irgendwelche abstrakten Vorstellungen von Organisationsmodellen hat, weil in den Prozeß selbst ja konkrete politische Erfahrungen und theoretische Überlegungen eingehen, indem man dann bestimmte Vorstellungen versucht organisatorisch zu stabilisieren. Ein konkretes Beispiel aus dem Hochschulbereich: Man hat jahrelang abstrakte Modelle der Hochschulmitverwaltung und der Hochschulselbstverwaltung ausgebrütet, und es hat sich eigentlich nichts getan. Inzwischen hat sich gezeigt, daß erst in den konkreten Auseinandersetzungen in der Universität bestimmte praktische Vorstellungen von Organisation eingeführt worden sind. Das fing an mit den Problemen Drittelparität/Hälfteparität; das war Ergebnis einer praktischen Auseinandersetzung in der Universität. Oder nehmen wir die Entwicklung jetzt am Otto-Suhr-Institut, wo man ebenfalls in der Auseinandersetzung mit der Institutsleitung neue Formen der Mitbestimmung organisatorisch zu stabilisieren versucht, indem man zum Beispiel anfängt, so etwas wie einen Minoritätenschutz in der Universität zu etablieren - ein Gedanke, der in den ganzen Diskussionen vorher nicht aufgetaucht war, der auch überall, z. B. im Staatsrecht völlig verschüttet war. Jetzt, in einer bestimmten Situation, in der man politische Erfolge hat, die man zu stabilisieren sucht, taucht dieser Gedanke plötzlich auf und bietet Möglichkeiten, das organisatorisch zu stabilisieren, was man politisch erreicht hat. Ich möchte noch auf ein anderes praktisches Organisationsproblem zu sprechen kommen, das mir auch ein mögliches und wünschbares Ergebnis der Vorbereitungen zu dieser Kampagne zu sein scheint. Das ist das, was auch in anderen Gruppen, zum Beispiel im SDS, heftig diskutiert worden ist: Das Problem, wie kann man in der politischen Arbeit organisatorische Effekte erzielen. Da ist man zum Beispiel darauf gekommen, daß die Alternative zwischen einerseits Basisgruppe und andererseits zentrale oder abstrakte Organisation wie RC oder SDS im Grunde eine ungünstige Alternative ist, weil sie dem einzelnen keine konkrete politische Betätigungsmöglichkeit bietet. Es ist deshalb der Vorschlag diskutiert worden, ob es nicht möglich ist, angesichts einer bestimmten sozialstrukturellen Veränderung, nämlich des Anwachsens von technischer Intelligenz, von akademisch ausgebildeten Leuten und damit der Entstehung einer neuen Arbeiter- oder Angestelltenschicht, ob es also nicht möglich wäre, solche Gruppen wie Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, Lehrer in irgendeiner Form syndikalistisch zu organisieren. Das wäre eine Frage, die nur sehr mittelbar im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kampagne steht, die aber nach unserer Vorstellung eigentlich das Entscheidende sein wird: daß nämlich in der Reflexion der gescheiterten und der erfolgreichen Versuche der Instituierung von Gegenstrukturen die Frage gestellt wird, wie man sich selbst heute in einer Weiterorganisierung diese Gegenstrukturen schaffen kann. Da wäre die Frage der syndikalistischen Organisierung neuer Schichten ein ganz konkretes Beispiel für die möglichen Folgen der Vorbereitung dieser Kampagne, die ja ganz klar bezogen ist auf die Probleme, die diese politischen Gruppen hier in Berlin augenblicklich haben.

UNGER: Meiner Meinung nach hat dieser Vorschlag zwei konkrete Vorteile: Erstens: Durch die Zusammenfassung von sozialen Gruppen ist eine Institution geschaffen, die auf Dauer angelegt ist und die auch auf Dauer bleibt. Das ist nicht ein Arbeitskreis, der ein Papier herstellt und dann auseinandergeht, sondern eine Gruppe, die ständig da ist. Der zweite Vorteil besteht darin, daß diese Gruppe ständig Probleme hat, die alle gleichermaßen angehen. Diese Gruppe wird also nicht in die fatale Lage geraten, nur über sich selbst zu diskutieren, sondern sie wird die Anregungen von außen automatisch bekommen, ohne daß sie irgendein spektakuläres Ereignis schaffen muß, um eine Aktion zu provozieren.

CHRISTOPH CONRAD: Ich möchte etwas sagen zu dem anderen Ziel der Kampagne, wie es in dem Vorschlag von Huffschmid und Weller mit angedeutet wird, nämlich einer Aufklärungskampagne. Man sollte doch jetzt, da man noch viel Zeit hat, versuchen, aus den bisherigen Aktionen zu lernen und zum Beispiel Flugblätter oder so allgemein gehaltene Anregungen wie systematische politische Aktionen in der Stadt genau durchdenken, anstatt sie wie bisher dem Geschick oder Ungeschick der einzelnen Gruppen zu überlassen.

HUFFSCHMID: Wir sind uns selbst darüber im klaren, daß diese Arten der Agitation bisher nicht sehr erfolgreich gewesen sind. Es fragt sich natürlich, aus welchen Gründen sie nicht erfolgreich gewesen sind; ob sie nicht tatsächlich zu separat und zu wenig vorbereitet wurden, oder ob es tatsächlich so ist, daß man diese Mittel der Agitation grundsätzlich anzweifeln muß. Ich glaube schon, daß solche traditionellen Mittel der Agitation noch Erfolg haben können, wenn sich eine neue Qualität der politischen Arbeit ergibt und dann auch auf die Qualität dieser Mittel wirkt.

CONRAD: Die Frage, wie man diese Kampagne an die Öffentlichkeit trägt, ist damit aber noch nicht beantwortet. Es hat keinen Zweck, daß wir so eine Art Abendschule oder eine Vertiefung bei manchen schon vorhandenen Kenntnissen erreichen. Was gemacht werden muß, ist, im Januar wirklich eine Basis hier in Berlin zu schaffen, die größer ist als die der Vietnam-Konferenz. Ich glaube, daß es wichtig ist, diese Kampagne an aktuellen Anlässen aufzuhängen, daß man also z. B. die Rolle der Gewerkschaften nimmt, um anhand dieser Haltung die Arbeiterbewegung in ihrer Komplexität zu erfassen.

WELLER: Ich glaube, daß wir nicht mehr in einer Situation sind, wo die relative Stagnation damit zusammenhängt, daß wir nicht die Leute haben, die Agitation betreiben können; daß sie auch nicht so sehr damit zusammenhängt, daß wir etwa hilflos sind in der Agitation. Sie hängt damit zusammen, daß wir an vielen Punkten, etwa in den Gewerkschaften, keine expliziten Auskünfte darüber geben können, was etwa die Funktion verstaatlichter Gewerkschaften in unserer Gesellschaft ist. Da ist keine Substanz da, mit der wir solche Diskussionen vorantreiben können. Mir ist es so gegangen, daß ich in Diskussionen, wenn nach den konkreten Möglichkeiten einer antikapitalistisch-rätedemokratischen Organisation in der Zukunft gefragt wurde, etwa bei der Einschätzung der Funktion der Gewerkschaften große Schwierigkeiten hatte. Ebenso bei der Einschätzung der Rolle der SPD in der Arbeiterbewegung. Mit der geplanten Kampagne wird nun der Versuch unternommen, eine wesentliche Leerstelle, die wir hier haben, auszufüllen. Und von daher ergibt sich natürlich auch die Möglichkeit, eine bessere Agitations- und Aktionsarbeit zu leisten.

RÖVER: Ich stimme mit Ihnen überein, daß das Generalthema und das Ziel der Kampagne die Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft sein soll. Aber für die Strategie möchte ich doch vorher gern die Auskunft haben, ob diese Demokratisierung unmittelbar und direkt angestrebt werden soll, oder ob es nicht so ist, daß wir nur eine kleine politisierte Öffentlichkeit haben und daß das nächste Ziel erst einmal sein müßte, überhaupt politisches Bewußtsein in einer breiteren Öffentlichkeit zu wecken.

HUFFSCHMID: Es scheint mir so zu sein, daß wir mit unserer politischen Arbeit jetzt zwar eine gewisse politisierte Öffentlichkeit geschaffen haben. Ich halte es aber nicht für sinnvoll, diese politisierte Öffentlichkeit jetzt mit dem Ziel erweitern zu wollen, um jeden Preis zu politisieren, sondern es scheint mir jetzt schon an der Zeit, auch inhaltlich zu bestimmen, wie diese Politisierung aussehen soll. Und diese inhaltliche Bestimmung

ist bei uns selber noch relativ unklar. Ich meine, daß eine Kampagne wie diese dazu beitragen könnte, den Politisierungsprozeß in eine ganz bestimmte inhaltliche Richtung zu bringen, nämlich auf ein Ziel, das auf eine rätedemokratische Struktur hinausläuft und letztlich das Demokratiemodell einer Arbeiterkontrolle beinhaltet. Wenn man das an einzelnen spezifischen Themen verfolgt, dann würde ich sagen, die heutige Diskussion um die Mitbestimmung, die ja doch auch Gegenstand der Aktionen und Agitation verschiedener Basisgruppen ist, gewinnt für die APO einen anderen Horizont als sie heute hat. Das geht aus von der Situation im Jahre 1918, wo tatsächlich von Mitbestimmung noch nicht die Rede war, sondern von wahrhafter Arbeiterkontrolle, daß also die Betriebe von Arbeiterräten kontrolliert und dann auch überbetrieblich koordiniert würden; es geht weiter mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1920, wo durch einen ganz bestimmten Mechanismus die entscheidenden Implikationen dieses Rätomodells einfach herausgenommen worden sind; dann mit der Aufhebung der Arbeiterkontrolle im Dritten Reich durch das Gesetzbuch der Nationalen Arbeit, und dann kommt die Einführung des Arbeiterkontrollgedankens in einer völlig verzerrten Form durch das Montanmitbestimmungsgesetz und schließlich durch das Betriebsverfassungsgesetz, das auch das letzte Stück von Arbeiterkontrolle aus den Institutionen dieser Gesellschaft eliminiert hat. Wenn wir diese Diskussion führen, dann sind wir auch sehr viel besser in der Lage, zu solchen Entwürfern wie sie heute vom DGB zur Mitbestimmung gemacht werden, Stellung zu nehmen und zu beurteilen, inwiefern solche Gesetze dazu geeignet sind, die Kontrolle von Arbeitern in den Betrieben und die überbetriebliche Kontrolle von Arbeitern in der Wirtschaft zu fördern und inwieweit sie vielleicht gerade dazu dienen, solche Kontrolle zu verhindern durch ein falsches Partnerschaftsdenken.

WELLER: Natürlich muß man sich dann auch darüber verständigen, was das Ziel von Arbeiterkontrollen sein soll. Und auch dabei darf man nicht stehenbleiben. Man muß sich auf dieser Basis dann auch überlegen, ob es beispielsweise notwendig ist, daß sehr viele unserer Leute im nächsten Jahr ganz intensiv für ein viertel oder ein halbes Jahr in den Betrieben arbeiten. Nebeneffekt dieser Kampagne könnte also sein, daß sie, optimistisch gesagt - hunderte von Studenten dazu bringt, als Produktionsarbeiter in die Betriebe zu gehen. Aber so eine Kampagne hat keinen Zweck, wenn diese Leute, die in die Betriebe gehen, nicht gut geschult dafür sind. Das Beispiel Frankreich hat ja gezeigt, wie den Studenten etwa der JCR, die in die Betriebe gegangen sind oder zunächst versucht haben, vor den Betrieben Flugblätter zu verteilen, sehr bald nicht nur mit Argumenten begegnet worden ist, sondern daß sie systematisch von der CGT und der Kommunistischen Partei zusammengeschlagen worden sind, die eben diese Bewegung zu verhindern versuchten. Und auf dieser Basis kann man, glaube ich, genau das Ziel der Betriebsarbeit mit der politisch-theoretischen Arbeit erzielen. In die Betriebe hineinzugehen und dort zu arbeiten, das heißt: konkret die Konfrontation mit dem Gewerkschaftsapparat zu suchen, hat keinen Zweck bei der gegenwärtig erreichten ideologisch-theoretischen Basis. Die meisten von uns, ich selbst eingeschlossen, sind dafür noch nicht ausgerüstet.

GOTTSCHALCH: Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, daß die Kommandogewalt in den Betrieben alleweil die Chefs haben. Und die Chefs können dann, wenn die Studenten Argumente mitbringen in die Betriebe und gerade dann, wenn sie die Argumente auch aussprechen, von ihrer Kommandogewalt Gebrauch machen und die Studenten rausschmeissen. Ich verspreche mir nicht sehr viel an unmittelbarer Agitationswirkung, wenn Studenten in die Betriebe gehen. Ich halte es allerdings für denkbar, daß Studenten im Umgang mit Arbeitern wenigstens lernen, wie man bei Arbeitern agitiert.

WEDEPOHL: Die Erfahrung zeigt, daß die Chefs selbst solchen Mitarbeitern keine Chance mehr geben, Einfluß auf die Arbeitnehmer zu nehmen, bei denen sie auch nur den leisesten Verdacht haben, daß sie irgendwie solidarisch mit der APO sind. Aber die Arbeitszeit ist nur ein Teil des Lebens der Lohnabhängigen. Das Freizeitproblem ist eines, was im Augenblick völlig kommerziell überlagert ist, und ich möchte hier einfach einmal ins Gespräch werfen, ob man sich nicht der Freizeit der Lohnabhängigen annimmt. Wie das zu geschehen hat, das kann ich jetzt nicht mit einem Programm vorwegnehmen, aber darüber sollte man sich einfach Gedanken machen.

XY: Hinter all den Beiträgen, die hier bisher vorgetragen wurden, habe ich den Eindruck, daß man einem Phantom nachjagt, nämlich einem Arbeiterfetischismus derart, daß man meint, der nächste Schritt müsse unbedingt die Solidarisierung mit den Arbeitern sein. Man reflektiert überhaupt nicht mehr, welche gesellschaftlichen Verhältnisse wir in der Bundesrepublik haben, wieviel Umwege gemacht werden müssen, um an die Arbeiter heranzukommen. Ob nicht zum Beispiel Dinge wie die Ereignisse in der Freien Volksbühne erst einmal wichtig sind, um überhaupt erstmal eine Diskussion in Gang zu bringen, oder daß man die Leute darauf anspricht, wie unwürdig die Verhältnisse im Arztwartezimmer sind oder in den Krankenhäusern; und das gar nicht mal mit dem Blickpunkt Räte- Demokratie im Hintergrund, sondern erst mal nur um überhaupt darauf hinzuweisen, wie funktioniert das national-help-system in England. Dann erkennen die Leute überhaupt erstmal, daß die Dinge, so wie sie bei uns sind, nicht vollkommen sind. Mit anderen Worten, vielleicht muß man ganz allgemein erst einmal die Plattform schaffen und dann erst die Leute auf das hinweisen, was wir bereits sehen, nämlich auf die Möglichkeit der Demokratisierung der Gesellschaft durch Räte-systeme und ähnliches.

YZ: Ich möchte noch einmal auf die Arbeit der JCR zurückkommen, die vorhin angeschnitten wurde. In Frankreich hat die Arbeiterbewegung nicht irgendwann, wie die deutsche 1933, einmal aufgehört zu existieren. Und Flugblätter und Traktate werden nicht erst seit dem Mai in den Betrieben verteilt. Es werden Schriften seit mindestens 30 Jahren verteilt, nachdem Leute mitbekommen haben, daß die Kommunistische Partei Frankreichs nicht die Interessen der Arbeiter vertritt. Man hat Kader gebildet in Frankreich, die auf einem festen Programm basieren und die versuchen, die Interessen der Arbeiter zu formulieren. Es ist ganz schön und interessant, gewisse Theorien von der Spontaneität der Arbeiterklasse zu hören; aber es ist auch interessant, daß in Nantes, als die Flugzeugfabrik besetzt wurde, die Führung einer Gewerkschaft von Trotz-kisten gebildet wurde.

MESCHKAT: Ich möchte an diesen Beitrag und seinen internationalen Aspekt anschließen. Ich glaube, wir sind in der Gefahr, in einen Provinzialismus zurückzufallen. Wenn man Gelegenheit hat, mit den Genossen in Frankreich, Italien, Spanien zu diskutieren, dann stellt man fest, daß sich die Probleme, die wir hier diskutieren, in ähnlicher Form in den meisten europäischen Ländern stellen. Dabei entstehen, ohne daß es bisher eine Kommunikation gab, ganz ähnliche Formen der Organisation. Zum Teil ist man dort sehr viel weiter gekommen, als es bei uns im Augenblick der Fall ist. Der Unterschied zu diesen Ländern besteht nur darin, daß das, was wir im Augenblick hier machen, von der Gegenseite noch nicht als Bedrohung empfunden wird. Man ist deshalb in den anderen Ländern sehr daran interessiert, die Erfahrungen, die wir hier machen, kennenzulernen und zu erfahren, in welchen Formen wir die Arbeit hier weitertreiben. Internationalismus ist deshalb keine abstrakte Angelegenheit, etwas was wir uns ausdenken, damit wir im Januar hier einen schönen Kongreß haben, sondern ich habe aus einer Reihe von Diskussionen den Eindruck gewonnen, daß ein solcher Erfahrungsaustausch einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht. Wir müssen deshalb Kontakt aufnehmen zu allen Organisationen, die sich diese Arbeit in den verschiedenen Ländern zur Aufgabe gesetzt haben. Dabei ist es gleichgültig, welchen ideologischen Strömungen sie angehören, ob es sich um KP-Leute, Trotz-kisten, Anarchisten oder wen immer handelt. Der Erfahrungsaustausch mit den Aktivisten scheint mir eine der Aufgaben eines solchen Kongresses zu sein. Dabei wäre auch zu sprechen über das Verhältnis zu den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, sowohl was die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien betrifft, wie auch die Frage, wie arbeiten wir in den Gewerkschaften und mit den Gewerkschaften. Um die Arbeit in den Gewerkschaften kommen wir nicht herum, und es wäre völlig abstrakt, um jeden Preis zu versuchen, außerhalb der Gewerkschaften Organisationen aufzubauen.

Ich glaube im übrigen, daß, wenn wir bei einem internationalen Kongreß auch unsere Erfahrungen darstellen müssen, das auch dazu dienen könnte, die Organisationen, die wir im Moment haben, auf eine bestimmte Aufgabe auszurichten. Das wäre die Chance, die in einer solchen Kampagne für die Frage unserer eigenen weiteren Organisation läge.

Wenn ein solcher Versuch scheitert und wenn sich zum Beispiel dieser Club hier als untauglich erweist, in dieser Stufe der politischen Auseinandersetzungen aktiv zu werden, dann müssen wir eben zu anderen Formen übergehen. Wir haben den Club oder andere Organisationen ja nicht geschaffen, um irgendeinen organisatorischen Rahmen für irgendwas zu haben. Er hat in dem vergangenen Jahr in einer ganz anderen Situation eine positive Rolle gespielt. Die Frage ist, ob dieser Club jetzt noch nützlich ist. Ist er es nicht, wäre es Unsinn, wenn wir überhaupt noch Zeit und Energie auf diese Organisationsform verschwenden.

HINWEISE DER REDAKTION

IM REICHSKABARETT ist Dienstag, 30. Juli, und Mittwoch, 31. Juli, der griechische Lyriker Kostas Papanastasiou zu Gast. Unter dem Titel "Griechenland im Widerstand" vermittelt er anhand eines Filmes, von Revolutionsliedern und Widerstandsdichtungen von Jaros-Häftlingen Eindrücke von der revolutionären Widerstandsbewegung Griechenlands vom Bürgerkrieg bis in die Gegenwart.

EIN VIERWÖCHIGES FILMFESTIVAL unter dem Motto "Kritisches Kino" findet vom 2. bis 29. August im Filmtheater "Bellevue" am Hansaplatz statt. Die einzelnen Wochen haben zum Thema "Kastrierter Heldenmythos", "Establishment der Spießer", "Antiautoritäre Filme" und "Revolution im Kino".

----- anzeigen -----

SEIT DER TEUFEL AUSZOG ist die Wohnung der K I zu groß. Die K I will deshalb umziehen. In ein größeres Haus. Die Wohnung am Stuttgarter Platz, genauer: Kaiser-Friedrich-Straße 54a, II. Stock, wird daher zum 15. August frei. Sie hat zwar nur Ofenheizung und kostet 750 Mark, ist dafür aber sechseinhalb Zimmer groß und hat einen Vermieter, der nie Schwierigkeiten macht. Interessenten setzen sich mit der K I, Telefon 32 20 44, in Verbindung.

Politisch interessierter und sehr aktiver Siamkater möchte für die Zeit vom 26. August bis 30. September bei einem Genossen oder einer Genossin untertauchen, da in dieser Zeit seine Unterhaltsverpflichtete von der APO-Politik Ferien macht. Solidaritätsanrufe werden unter 79 21 32 angenommen.

KAMERA MIT OBJEKTIV 1:1, 2 wurde in der Praxis von Rechtsanwalt Horst Mahler aufgefunden. Der Eigentümer möchte sich unter Telefon 881 66 64 melden.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 47 12 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: